

Ä13 Klimaschutz als zentrale Aufgabe

Antragsteller*in: Florian Tischler

Änderungsantrag zu A2-1

Von Zeile 18 bis 19 einfügen:

Bis 2030 die Solarenergie vervierfachen, die Windkraft zu verdoppeln und die Biomassekapazität zu erhalten.

Weiterhin besitzt die Stadt Nürnberg mit dem städtischen Energieversorger N-ERGIE einen Trumpf im Hinblick auf das Gelingen der städtischen Energiewende. Wir fordern, dass die N-ERGIE durch mehr Investitionen in Speichertechnologien und einen weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes Initiative zeigt.

Um die Energiewende von unten zu beschleunigen, fordern wir einen deutlichen Ausbau ihres CO₂-Minderungsprogramms. Außerdem soll die Stadt Nürnberg mehr Beratung zur Umrüstung von Privateigentum auf eine erneuerbare Energieversorgung und zum effektiven Energiesparen anbieten. Gerade Großstädte verfügen über große Einsparungspotentiale. Insbesondere bei Altbau ermöglicht eine energetische Sanierung eine Einsparung von bis zu 85% der bisher verbrauchten Energie. Weiterhin bietet auch eine effizientere Stadtplanung und -verwaltung deutliche Einsparungspotentiale. Weitere Ansatzpunkte sind der Umstieg auf einen emissionsfreien Fuhrpark, die Umstellung auf LED bei Straßenbeleuchtung oder die Vergabe von Lizenzen am Nürnberger Flughafen.

Von Zeile 24 bis 28:

- ~~für mehr Energieeffizienz eine jährliche Sanierungsquote bei Altbauten von mindestens 2% erreichen, ohne dass günstiger Wohnraum verlorengeht~~
- eine jährliche Sanierungsquote bei Altbauten von mindestens 2% erreichen
- ~~Eine jährliche Sanierungsquote von mindestens 2% erreichen, ohne dass günstiger Wohnraum verlorengeht~~
- ~~In größeren Wohnquartieren Sanierungsmanager*innen einsetzen~~

Von Zeile 34 bis 35:

- ~~Beratungsangebote der Stadt Nürnberg für Bürgerinnen und Bürger, Energiegenossenschaften und Industrie und Gewerbe ausbauen~~
- eine Installation von Photovoltaik-Anlagen auf allen städtischen Gebäuden, auf denen dies möglich ist.

Von Zeile 38 bis 50:

Wir stehen für starke Stadtwerke in öffentlicher Hand. Wir drängen darauf, dass die Nürnberger N-ERGIE ihren Kurs in Richtung Energiewende konsequent fortsetzt – mit dem Ziel 100% Erneuerbare. Dazu gehören für uns:

- Der Bau dezentraler Energieerzeugungsanlagen
- Der Ausbau und die Dekarbonisierung von Fern- und Nahwärme
- Investitionen in Wasserstofftechnologie und Ladeinfrastruktur für die E-Mobilität
- Eine zügige Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Strommix

Im Nürnberger Heizkraftwerk Sandreuth wird längst keine Kohle mehr verfeuert, klimaschädlicher Kohlestrom verstopft in Deutschland aber nach wie vor die Netze. Das hocheffiziente Gaskraftwerk Irsching, an dem unser Energieversorger beteiligt ist, steht deshalb still. Der Kohleausstieg auf der Bundesebene muss also endlich konsequent vorangetrieben werden.

- die Bevorzugung klimafreundlicher Einreichungen bei städtischen Ausschreibungen.
- Klimaneutralität der Stadtverwaltung bis 2025.
- Klimaneutralität aller weiteren städtischen Betriebe und Gebäude bis 2030.
- städtische Förderung für Start-up-Unternehmen im Bereich Erneuerbarer Energien.
- bessere Beratungsangebote bei bestehenden staatlichen Förderangeboten.

Von Zeile 52 bis 65:

Die Nürnberger Stadtverwaltung inklusive der städtischen Eigenbetriebe soll bis 2035 klimaneutral sein. Dazu bauen wir erfolgreiche Maßnahmen aus und legen Tempo zu: z.B. beim systematischen Einsatz von Erneuerbaren Energien, umweltfreundlicher Heizung und Kühlung und dem Ersatz von Energiefressern in städtischen Gebäuden, der Umstellung von städtischen Fuhrparks oder der Straßenbeleuchtung auf LED. Wir sorgen außerdem dafür, dass die Stadt künftig den Ausstoß von Klimagasen bei Flügen und Fahrten von städtischen Mitarbeiter*innen und Mandatsträger*innen kompensiert. Mit dem eingenommenen Geld finanzieren wir lokale Klimaschutzprojekte.

Wir Grüne setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass der CO₂-Verbrauch einen Preis bekommt. Die Stellschrauben dafür auf der kommunalen Ebene wollen wir in Zukunft verstärkt nutzen. Die Stadt Nürnberg soll sich im Städtetag und im Rahmen ihrer sonstigen Möglichkeiten für die Einführung einer CO₂-Steuer im Bund engagieren.

- den Ausbau und die Dekarbonisierung von Fernwärme

Begründung

Vgl. A2-Ä13